

**Haushaltsrede
zur Einbringung des Haushaltes 2023
der Stadt Frankenthal (Pfalz)**

**Beigeordneter Bernd Leidig
Stadtratssitzung am Mittwoch, 9. November 2023**

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Folie 1 (Titelblatt)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hebich,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Knöppel,
meine sehr geehrten Damen und Herren des Stadtrates,

zunächst die erste gute Nachricht, die auch ich Ihnen heute mit der Einbringung des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2023 vorweg zurufen darf: Wir legen Ihnen nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt vor, sondern wir können im Entwurf des Haushaltes einen Jahresüberschuss in Höhe 3,258 Millionen Euro ausweisen.

Demnach werden wir zunächst einmal dem § 93, Satz 4 der allgemeinen Haushaltsgrundsätze der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung gerecht. Dort heißt es: *Der Haushalt ist in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung auszugleichen.*

Die zweite gute Nachricht: Die Hebesätze der Grundsteuer und Gewerbesteuer bleiben unverändert!

Folie 2 (Rahmenbedingungen der Haushaltsaufstellung)

Soweit zu den erfreulichen Botschaften der heutigen Haushaltseinbringung.

Mir, dem Finanzdezernenten, obliegt es nun allerdings, das reine Zahlenwerk einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Denn mehr als je zuvor sind die Rahmenbedingungen für den Entwurf des Haushaltes 2023 mit vielen Fragezeichen zu versehen.

Die Liste der Fragen und Ungewissheiten auf dem krisenbedingten Abwärtspfad ist lang.

- Wie werden sich der Ukrainekrieg, die Migration und die Folgen der Pandemie auswirken?
- Wie schlagen sich Inflation, also Preissteigerungen, Energie- und Baukostensteigerungen nieder?
- Wird es zu sogenannten Blackouts bei der Stromversorgung oder zu einer Gasmangelsituation kommen und wenn ja, mit welchen Folgen?
- Wie werden zunehmende Lieferschwierigkeiten und Verfügbarkeiten von Firmen die Umsetzung von Projekten beeinflussen?

- Können wir den drängenden Herausforderungen des Klimawandels und der Energiewende angesichts der politischen und wirtschaftlichen Lage gerecht werden?

All diese Fragen sind aus derzeitiger Sicht nicht abschließend abschätzbar und schon gar nicht im Rahmen einer Haushaltsplanung vollumfänglich planbar.

Wie wenig durchschaubar die allgemeine Lage ist, zeigt beispielsweise der Blick auf den Arbeitsmarkt. So stellte Daniel Terzenbach, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit im Juli fest, dass *„insgesamt [...] der Arbeitsmarkt trotz aller Belastungen und Unsicherheiten weiterhin stabil sei. Der Arbeitsmarkt habe sich, mit Blick auf das stagnierende Wirtschaftswachstum, bereits seit Jahren von der konjunkturellen Entwicklung entkoppelt.“* Ein Effekt, der sich sehr ausgeprägt auch in unserer Region zeigt, womit wir bei einer weiteren Fragestellung angelangt sind.

Wie können wir dem inzwischen längst alle Bereiche betreffenden, massiven Fachkräftemangel begegnen und unsere Leistungsfähigkeit aufrechterhalten?

Doch zurück zu den Zahlen unseres Haushaltes.

Mit dem Entwurf des Landesfinanzausgleichsgesetzes des rheinland-pfälzischen Landtages sollen die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes zum kommunalen Finanzausgleich umgesetzt werden. Nach der neuen Berechnungsmethodik beschert dieser der Stadt Frankenthal ein deutliches Mehr an Zuweisungen.

Inwieweit damit tatsächlich die strukturellen Probleme hinsichtlich der kommunalen Finanzausstattung abschließend gelöst wurden oder werden, sei dahingestellt. Für den Moment, also für das Jahr 2023, erhöhen sich die Zuweisungen um 10,5 Millionen Euro.

Ein maßgeblicher Parameter für den Überschuss der Ergebnisrechnung 2023.

Mit der vom Land angekündigten Übernahme von Liquiditätskrediten besonders betroffener Kommunen wird es eine weitere Entlastung geben. Die erste Berechnung zeigte für Frankenthal im Ergebnis eine Entschuldung in Höhe 98 Millionen Euro auf. Abzuwarten bleibt das weitere Gesetzgebungsverfahren und das mit den Richtlinien zu erwartende Pflichtenheft für die Kommunen.

Die Steuerschätzungen des Arbeitskreises für Steuerschätzungen weisen - auch inflationsbedingt - höhere Einnahmen aus.

Heruntergebrochen auf den Haushalt 2023 der Stadt Frankenthal bedeutet dies Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei der Grundsteuer B. Beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ist mit einem leichten Rückgang zu rechnen.

Meine Damen und Herren,

der vorgelegte Haushalt 2023 ist neben den Stellgrößen auf der Ertrags- und der Aufwandsseite, wie in den Vorjahren davon geprägt, die Zahl der Projekte auf die personelle Leistungsfähigkeit hin auszurichten.

D.h. die Umsetzbarkeit von Projekten bemisst und begrenzt sich mit den vorhandenen Personalressourcen der Verwaltung.

Folie 3 (Eckdaten Ergebnishaushalt 2023)

Meine Damen und Herren,

kommen wir zu den Haushaltseckdaten und Schwerpunkten im Einzelnen.

Im Entwurf des Ergebnishaushaltes erwarten wir einen Gesamtbetrag der Erträge in Höhe von 165,12 Millionen Euro. Dem stehen Aufwendungen in Höhe von 161,86 Millionen Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 3,26 Millionen Euro.

Folie 4 (Eckdaten Jahresfehlbetrag)

Der Jahresüberschuss in Höhe von 3.258.000 Euro ergibt sich im Ergebnis- und Finanzhaushalt aus dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 6.266.980 Millionen Euro abzüglich des Saldos aus den Zins- und sonstigen Finanzerträgen und Aufwendungen.

Folie 5 (Eigenkapitalentwicklung Ausblick)

Nach der Eigenkapitalminderung in 2022 erwarten wir die Fortsetzung des Eigenkapitalzuwachses im Planjahr 2023 sowie in den Folgejahren.

Für das Haushaltsjahr 2023 ist ein Anstieg um 3,6 Millionen Euro angesetzt. Die weiteren Prognosezahlen für die Folgejahre weisen einen weiteren Aufbau des Eigenkapitals aus.

Gleichwohl bleibt festzustellen, dass gegenüber der Eröffnungsbilanz des Jahres 2009 das Eigenkapital von damals 202,8 Millionen Euro auf nunmehr 130,4 Millionen Euro abgesunken ist. Inwieweit tatsächlich auf Strecke die Umkehr erreicht wird, bleibt abzuwarten.

Folie 6 (Erträge)

Meine Damen und Herren,

die Ertragstabelle zeigt unter anderem die drei Positionen, die besonders hervorzuheben sind und die zusammen rund 89% der Erträge ausmachen. Das sind einmal die Steuern, die Zuwendungen und Umlagen und schließlich die Erträge der sozialen Sicherung.

Bei den Steuern, diese stellen 40% der Erträge dar, ist eine Zunahme um rund 3,3 Millionen Euro gegenüber dem Nachtragsplan 2022 zu verzeichnen. Im Einzelnen trägt dazu als wesentliche Stellgröße die Mehreinnahme beim Anteil an der Einkommensteuer mit rund 2 Millionen Euro bei, gefolgt von der Grundsteuer B, die mit Mehreinnahmen von 0,6 Millionen Euro angesetzt ist.

Die Zuwendungen und Umlagen machen etwa 36% der Erträge aus und steigern sich um 9,9 Millionen Euro gegenüber dem Nachtragsplan 2022.

Die Erträge der sozialen Sicherung, diese machen ca. 13,5% der Erträge aus, sind mit 22,25 Millionen Euro veranschlagt. Hier ist eine Steigerung von 470.000 Euro zu verzeichnen.

Insgesamt ergibt sich im Saldo eine Steigerung der Erträge um 10,8 Millionen Euro gegenüber dem Nachtragsplan 2022. Hier wirkt sich die Reform des kommunalen Finanzausgleichs entsprechend aus.

Folie 7 (Steuern und ähnliche Abgaben)

Nochmals der Blick auf Position 1 des Ergebnishaushaltes und die drei größten Posten der Steuereinnahmen. Von den veranschlagten 65,87 Millionen Euro an Steuern und ähnlichen Abgaben entfallen als wesentliche Einnahmen rund 37% auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer mit 24,26 Millionen Euro. An zweiter Stelle, mit knapp 33% der Steuereinnahmen, folgt knapp dahinter die Gewerbesteuer mit 21,8 Millionen Euro.

Auf die Grundsteuer B entfallen 16,7% der Steuereinnahmen, was veranschlagten 11 Millionen Euro entspricht.

Mit 4,09 Millionen Euro bleibt der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer stabil. Nach den Auswirkungen der Pandemie erholt sich der Ansatz der Vergnügungssteuer. Dieser kann gegenüber dem Ergebnis des Jahres 2021 von 760.976 Euro auf nunmehr 1,6 Millionen Euro angesetzt werden.

Folie 8 (Entwicklung Gewerbesteuer)

Die Gewerbesteuereinnahmen sind auch für das Jahr 2023 in den Planzahlen vorsichtig optimistisch mit 21,8 Millionen Euro veranschlagt. Gegenüber dem Spitzenjahr 2021 mit 23,6 Millionen Euro liegt die Veranschlagung damit um 1,8 Millionen Euro darunter.

Mehr denn je schwer abschätzbar bleibt dabei die weitere wirtschaftliche Entwicklung aus derzeitiger Sicht. Wenn auch, trotz Rezession, für die kommenden Jahre ein moderates Wachstum erwartet wird.

Gegenüber dem Nachtragsplan 2022 rechnen wir mit einer leichten Zunahme bei der Gewerbesteuer in Höhe von 200.000 Euro.

Folie 9 (Entwicklung Gemeindeanteil an der Einkommensteuer)

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bewegt sich im Vergleich der Vorjahre mit veranschlagten 24,3 Millionen Euro auf einen Spitzenwert gegenüber den zurückliegenden Jahren. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ist eine Steigerung von rund 2 Millionen Euro in den Planzahlen angesetzt.

Folie 10 (Aufwendungen)

Die Aufwendungen werden mit insgesamt 161,9 Millionen Euro veranschlagt. Gegenüber dem Nachtragsplan 2022 bedeutet das eine Steigerung in Höhe von 5,6 Millionen Euro. Die drei Hauptposten der Aufwendungen bilden die Personal- und Versorgungsaufwendungen, die Aufwendungen der sozialen Sicherung und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Gebäudeunterhalt, Mieten, Ver- und Entsorgung etc.), die zusammen rund 80% der Aufwendungen ausmachen.

Den größten Block stellen dabei die Personal- und Versorgungsaufwendungen mit 53,9 Millionen Euro dar.

Darauf folgen die Aufwendungen der sozialen Sicherung mit 44,8 Millionen Euro, gefolgt von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstigen laufenden Aufwand mit 32,4 Millionen Euro.

Folie 11 (Personal- und Versorgungsaufwendungen)

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen der Stadt Frankenthal stellen den mit Abstand größten Anteil bei den Aufwendungen dar. Der Anstieg der Aufwendungen setzt sich dabei stetig fort. Zusätzliche Personalbedarfe und Personalkostensteigerungen wirken sich hier spürbar mit einer Zunahme um rund 5,3% gegenüber dem Nachtragsplan 2022 aus.

Folie 12 (Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung)

Die Aufwendungen der sozialen Sicherung liegen an zweiter Stelle der Aufwendungen, mit insgesamt 44,8 Millionen Euro. Hierzu zählen unter anderem die Leistungen zur Eingliederung von Arbeitssuchenden, die Kosten der Unterkunft und Heizung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. In der Gesamtbetrachtung erwarten wir eine Steigerung bei den Aufwendungen der sozialen Sicherung von 600.000 Euro gegenüber dem Nachtragsplan 2022.

In der Einzelbetrachtung fallen dabei auf den Sozialbereich 34,9 Millionen Euro und auf den Jugendbereich 9,9 Millionen Euro. Unwägbarkeiten können hier in nicht genau vorhersehbaren Fallzahlen liegen.

Folie 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist eine Steigerung um 939.980 Euro, also um rund 3,0 %, gegenüber dem Nachtragsplan 2022 veranschlagt. Hier schlagen sich vor allem Mehraufwendungen für Mieten und Energie nieder.

Folie 14 (Zinsaufwand)

Den Zinsaufwand im Plan 2023 ist mit 3,64 Millionen Euro veranschlagt und erhöht sich somit um 580.000 Euro. Hier machen sich die aktuellen Zinserhöhungen bemerkbar.

Auf dem Zeitstrahl bewegt sich der Zinsaufwand in der Rückschau der letzten 10 Jahre damit auf einem stabilen Niveau. Gleichwohl bleibt die weitere Zinsentwicklung abzuwarten.

Folie 15 (Verschuldung)

Betrachten wir die Verschuldung. Im Ranking der Pro-Kopf-Verschuldung der zwölf kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz hat sich Frankenthal zum Stichtag 31.12.2021 gegenüber 2020 um einen Platz verschlechtert. In Euro ausgedrückt stieg die Verschuldung von 5.320 Euro pro Einwohner auf 5.809 Euro pro Einwohner. Frankenthal liegt damit weiterhin im Mittelfeld, nun aber auch über dem rheinland-pfälzischen Durchschnittswert von 5.361 Euro pro Einwohner.

Folie 16 (Entwicklung der Verschuldung)

Die Entwicklung der Netto-Neuverschuldung der Stadt können sie in der nun dargestellten zeitlichen Abfolge ansehen. Diese reduziert sich (erstmals) von 282 Millionen Euro im Nachtragsplan 2022 um rund 4 Millionen Euro auf 278 Millionen Euro im Plan 2023.

Folie 17 (Neuverschuldung)

Die Neuverschuldung im Plan 2023 ergibt sich aus einem Bedarf an Investitionskrediten in Höhe von 8,54 Millionen Euro. Abzüglich der Tilgung in Höhe von 4,78 Millionen Euro ergibt sich eine Nettoneuverschuldung investiv von 3,76 Millionen Euro.

Erfreulich ist die Entwicklung bei den Liquiditätssicherungskrediten. Hier ergeben die Planzahlen 2023 einen Tilgungsbetrag in Höhe von 7,36 Millionen Euro. Daraus ergibt sich letztlich ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von 3,6 Millionen Euro.

Folie 18 (Verpflichtungsermächtigungen)

Die Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre summieren sich auf 19,68 Millionen Euro. Hier bilden sich vor allem angelaufene Baumaßnahmen und Projekte wie die beiden Kitas am Ostparkstadion, die Erweiterung des städtischen Wohnheims in der Siemensstraße sowie die Modernisierung des Bahnhofsumfeldes ab.

Folie 19 (Investitionstätigkeit)

Meine Damen und Herren,

die vorgesehene Investitionstätigkeit für das Haushaltsjahr 2023 ergibt im Saldo als zu finanzierender „Eigenanteil“ investiv einen Betrag von 7,95 Millionen Euro.

Folie 20 (Aufschlüsselung Investitionstätigkeit)

Im Einzelnen betrachtet verteilt sich die Investitionstätigkeit gegenüber den Vorjahren wieder stärker über alle Sparten. Die Investitionsschwerpunkte nach Höhe des Kostenumfangs liegen dabei bei den folgenden Projekten:

- Sanierungsmaßnahmen am Albert-Einstein-Gymnasium (830.000 €)
- Sanierung des Erkenbert-Museums (500.000 €)
- Wohnheim Siemensstraße (1.732.460 €)
- Kitas Ostpark (2.650.000 €)
- Laufbahn und Sportplatz Ostparkstadion (520.000 €)
- Sanierung Basketballplatz (521.000 €)
- Umbau Knotenpunkt Industriestraße (475.000 €)
- Erweiterungsbau Stadtklinik (1.000.000 €)

Darüber hinaus werden die Investitionen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes um über 300.000 € gegenüber dem Vorjahr angehoben.

Folie 21 (Finanzierung Investitionstätigkeit)

Die Finanzierung der vorgenannten Investitionstätigkeit werden wir wie folgt abbilden. Aus Zuweisungen, also Fördermitteln, Beiträgen und Verkaufserlösen erwarten wir insgesamt 5,4 Millionen Euro. Gemindert um die Auflage der ADD, wonach 100 % der Verkaufserlöse dem Ergebnishaushalt zuzuführen sind, ergibt sich somit ein Bedarf für Investitionskredite in Höhe von 8,54 Millionen Euro.

Folie 22 (Quo vadis Verwaltung?)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf halten wir weiter am angestrebten Konsolidierungskurs fest. Auch wenn die eingangs geschilderter Rahmenbedingungen für uns kaum beeinflussbare oder abschätzbare Fragen aufwerfen.

Wie im letzten Jahr möchte ich abschließend nochmals den Blick auf die Personalsituation der Verwaltung und der Eigenbetriebe richten. Eine Frage, die uns inzwischen täglich beschäftigt. Die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung ist nicht nur abhängig von einem ausgeglichenen Haushalt, sondern vor allem auch von der verfügbaren Ressource Personal. Der Fachkräftemangel, auch als Folge des demographischen Wandels, bestimmt zunehmend die Umsetzbarkeit von Projekten und die Aufrechterhaltung von Angeboten und Leistungen. Zunehmende Anforderungen und Herausforderungen werden die Lage weiter verschärfen. Aus meiner Sicht kommt der Lösung der Frage des

Fachkräftemangels eine zentrale Bedeutung zu, für die es aber auch keine einfachen Antworten gibt. Ein Baustein zur Lösung könnte die Einwanderung sein. Gleichwohl erfordert diese wiederum eine intensive, begleitende Integration. Allein das Beschränken auf das Anwerben von Arbeitskräften, wie es in früheren Jahrzehnten geschehen ist, darf sich nicht wiederholen.

Digitalisierung und interkommunale Zusammenarbeit sind weitere Bausteine, denen wir uns widmen, die aber aus meiner Sicht nur abmildern, nicht die Kernfrage lösen werden. Wir werden einen ganzen Werkzeugkasten benötigen, um den Personalengpässen so entgegenwirken zu können, dass wir unseren Aufgabenstellungen gerecht werden.

Folie 23 (Schluss)

Meine Damen und Herren,

zum Schluss möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und Eigenbetriebe bedanken. Im nunmehr dritten Krisenjahr haben sie sich mit außerordentlichem Engagement zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Dafür möchte ich ihnen herzlich danken! Besonderer Dank auch an die Kämmerei, die in neuer Teamzusammensetzung den Haushaltsplan aufgestellt hat.

Danken möchte ich auch meinen beiden Kollegen im Stadtvorstand, Herrn Oberbürgermeister Martin Hebich und Bürgermeister Bernd Knöppel und Ihnen meine Damen und Herren im Stadtrat, in den Fachausschüssen und Ortsbeiräten für die gute Zusammenarbeit.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche Ihnen und uns allen weiterhin viel Kraft und Mut für die bevorstehenden Aufgaben. Und Ihnen persönlich in den bevorstehenden Wochen des langsam ausklingenden Jahres alles Gute!